

EINE RUBRIK PRO 500 MEILEN

Jetzt kostenlos testen inkl. 1 Hörbuch nach Wahl! www.handelsblatt.com/audio

audible.de

Handelsblatt

Handelsblatt.com

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG



WALL STREET: Was die Börsenwoche bringt
www.handelsblatt.com/ausblick

Man least viel Gutes über uns.

SüdLeasing

Ein Unternehmen der Landesbank Baden-Württemberg
Telefon (0711) 127 - 7 70 01
Telefax (0711) 127 - 7 70 02
www.suedleasing.de

HÖHER
Berlin rechnet mit sattem Plus der Bundesbank **SEITE 5**

BESSER
Die größte Werft der Welt schwimmt in Aufträgen **SEITE 12**

SCHNELLER
Volkswagen mischt die Finanzbranche auf **SEITEN 36-37**

Montag, 28. November 2005 | Nr. 230

Nahostexperte Pollack warnt vor Irak-Abzug

Der renommierte amerikanische Nahostexperte Kenneth Pollack (Foto) spricht sich gegen einen vorzeitigen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak aus. „Wenn das Land im Chaos versinkt, bekommen wir dort jene Probleme, die wir in Afghanistan hatten: einen gescheiterten Staat, der eine Basis für Terroristen sein wird“, warnt er im Gespräch mit dem Handelsblatt. Pollack, der Sicherheitsberater des früheren US-Präsidenten Bill Clinton war, wirft US-Präsident George W. Bush gleichzeitig vor, im Irak zu sehr auf die militärische Karte zu setzen: „Die Regierung hat keine wirkliche Strategie.“ **IM GESPRÄCH SEITE 4**

FINANZZEITUNG

Betriebsrente gedeiht nur langsam

32 SEITEN FINANZ- & ANLEGERZEITUNG

IN NEUEM FORMAT

FINANZMÄRKTE

DAX	→	5194,27	+0,12%
DOW JONES	→	10931,62	+0,14%
EURO STOXX 50	↗	3466,08	+0,20%
EURO (\$)	↘	1,1731	-0,0054
BUND 10J.	↗	3,412%	+0,014

Stand: Schluss

WIRTSCHAFT & POLITIK

Zweifel am Erfolg des Bürokratieabbaus
Fachleute ziehen die ehrgeizigen Ziele der großen Koalition beim Bürokratieabbau in Zweifel. „Ich warne vor Euphorie“, sagte der Verwaltungswissenschaftler Karpen dem Handelsblatt. **SEITE 6**

Europäer fordern Aufklärung von den USA
Die US-Regierung soll klären, ob Berichte über CIA-Gefangenentransporte und -Geheimgefängnisse in Europa richtig sind. **SEITEN 8, 10**

Schwedens Ärzten droht Preiskampf
Die Freizügigkeit in der EU hat dem Land nicht nur billige Konkurrenz auf dem Bau beschert. Jetzt werben Mediziner aus Polen und ein Krankenhaus aus Thailand um Patienten in Schweden. **SEITE 9**

UNTERNEHMEN & MÄRKTE

Wirtschaftsprüfer sind gut im Geschäft
Das Geschäft der Wirtschaftsprüfer boomt. Verschärfte Bilanzierungsvorschriften, mehr Sanierungsprogramme und steigende Fusionsaktivitäten füllen die Auftragsbücher vor allem der großen Gesellschaften. **SEITE 15**

Regierung verbietet Swisscom Zukauf
Der Schweizer Bundesrat hat dem Telekomkonzern Swisscom verboten, im Ausland zu investieren. **SEITE 16**

Bundesregierung spricht mit der Bahn
Die Bundesregierung wird sich mit einem Umzug der Deutschen Bahn AG von Berlin nach Hamburg befassen. Sie führt auch Gespräche mit der Bahn. **SEITE 20**

FINANZZEITUNG

Betriebsrente gedeiht nur langsam
Mit Steuergeschenken fördert der Staat die freiwillige Betriebsrente. Doch in den ersten Jahren haben nur etwa sechs Prozent der Beschäftigten davon Gebrauch gemacht. **SEITE 29**

China öffnet Devisenhandel
Die Volksrepublik wird auf ihrem Interbanken-Devisenmarkt Marktmacher einführen. Damit fällt das Monopol der Zentralbank, Kurse im Interbankenmarkt zu stellen. **SEITE 30**

EU beklagt Trägheit der Mitgliedstaaten
Die EU-Kommission rügt den mangelhaften Ehrgeiz der EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen. **SEITE 31**

Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Postfach 101102, D-40002 Düsseldorf, Telefonzentrale: 0211/887-0; Fax: 0211/887-2980; Internet: www.handelsblatt.com

Belgien, Niederlande, Luxemburg 2,50 € / Danemark 2,20 DKK / Frankreich 2,90 € / Griechenland 3,20 € / Großbritannien 2,90 € / Irland 3,50 € / Italien 2,90 € / Polen 13,50 PLZ / Portugal 3,00 € / Norwegen 34 Nkr / Österreich 2,50 € / Schweden 39 skr / Schweiz 4,20 CHF / Spanien 2,70 € (Balearen 2,90 €, Kanaren 3,20 €) / Tschechien 100.- CSK / Türkei 7,80 YTL / Ungarn 760.- HUF / USA 3,40 \$

Deutschland versinkt im Schnee-Chaos



Armdicke Eispanzer auf den Leitungen ließen am Wochenende in Nordrhein-Westfalen rund 50 Hochspannungsmasten umknicken. Rund 120 000 Menschen blieben drei Nächte in Folge ohne Strom. Der Verkehr brach zusammen, der Flughafen Düsseldorf musste stundenlang gesperrt werden. Ein Obdachloser erfror in Dortmund. Der Energieversorger RWE will für die Schäden durch Stromausfälle nicht aufkommen. Das Unternehmen beruft sich auf höhere Gewalt „infolge einer extremen Witterungssituation“.

IG Metall gelobt Zurückhaltung

Kein Lohnaufschlag wegen Mehrwertsteuer – Gewerkschaftsvez Huber gibt Marschrichtung für Tarifrunde vor

BERLIN. Entgegen den Befürchtungen der Arbeitgeber will die IG Metall den Start der neuen Bundesregierung nicht durch einen lohnpolitischen Kurswechsel belasten. Ihr zweiter Vorsitzender, Berthold Huber, sagte dem Handelsblatt, die Gewerkschaft werde in ihrer Lohnforderung für die Tarifrunde 2006 keinen Aufschlag für die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer berücksichtigen. „Die Steuererhöhung kommt erst 2007, unsere Forderungen beziehen sich aber auf die nächsten zwölf Monate“, sagte Huber. Eine höhere Mehrwertsteuer werde erst auf die Lohnpolitik durchschlagen, wenn die Inflationsrate steigt. „Aber nicht voraussehlend, sondern nur, wenn sich die Daten tatsächlich verändern“, betonte Huber, der bei der IG Metall für die Tarifpolitik verantwortlich ist.

Der Chef des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Martin Kannegiesser, hatte die Gewerkschaft eindringlich vor einem Schwanken gewarnt. „Der Versuch, steuerliche Maßnahmen durch Tarifpolitik zu kompensieren, führt uns in einen Teufelskreis“, so Kannegiesser. Die Steuerpläne der Koalition hätten in der Tarifrunde 2006 „nichts zu suchen“. Huber bekräftigte jetzt, dass

sich die Lohnformel der IG Metall am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und dem mittelfristigen Inflationsziel der Zentralbank orientiere. Dabei bleibe es, betonte er.

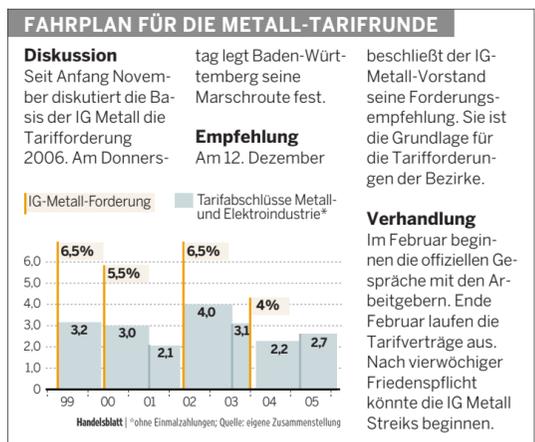
Die IG Metall in Baden-Württemberg, ein Schlüsselbezirk der Gewerkschaft, legt am Donnerstag ihre Marschroute für die bevorstehende Tarifrunde fest. Erwartet

wird eine Forderung in der Größenordnung um vier bis fünf Prozent.

Die bevorstehende Tarifrunde für die 3,5 Millionen Metall-Beschäftigten hat erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Union und SPD zielen mit ihrem Koalitionsvertrag darauf, im Jahr 2006 zunächst die noch flauere Konjunktur zu beleben. 2007 sollen dann harte Einschnitte zur Sanierung des Haushalts greifen, darunter die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent.

Die Debatte um gestiegene Inflationsraten, Steuern und Löhne hatte auch die Europäische Zentralbank (EZB) hellhörig gemacht. Die Lohnpolitik im größten Land der Euro-Zone dürfte daher die weitere Zinspolitik beeinflussen. Zentralbankchef Jean-Claude Trichet hatte vor zwei Wochen angedeutet, dass der EZB-Rat am 1. Dezember erstmals seit 2003 eine moderate Leitzinserhöhung beschließen könnte. Trichet begründete dies mit erhöhten mittelfristigen Preisrisiken.

Zweifel an der Fortsetzung einer moderaten Tarifpolitik hatten zuletzt hohe Lohnforderungen von Belegschaften besonders ertragsstarker Unternehmen genährt. So verlangten die Porsche-Beschäftigten Zuwächse von sieben Prozent. Dies könne jedoch nicht zur Leitlinie der Lohnpolitik in der Fläche werden, betonte Huber. Zwar sei es „das gute Recht der Beschäftigten, einen angemessenen Anteil am wirtschaftlichen Wachstum“ einzufordern. „Aber die Gewerkschaft ist gut beraten, eine Forderung auf-



Saban trägt das Risiko bei Pro Sieben Sat 1

H.-P. SIEBENHAAR | DÜSSELDORF

Medienunternehmer Haim Saban droht eine herbe Niederlage. Die Behörde befürchtet, dass sich nach einer Fusion die marktherrschende Stellung Springers auf dem Fernsehwerbemarkt, bei den Straßenverkaufszeitungen und auch im Anzeigengeschäft verstärkt.

Für Saban käme das mögliche Scheitern am Widerstand des Kartellamts und der Medienkommission KEK höchst ungelogen. Denn der Verkauf an Springer für insgesamt 2,5 Mrd. Euro wäre ein höchst lukrativer Deal gewesen. Saban hätte seinen persönlichen Einsatz innerhalb von zwei Jahren verdreifacht. Wie Unternehmenskreise berichten, hält es sich Saban jetzt wieder offen, ob er nach einer Ablehnung durch das Kartellamt direkt einen neuen Käufer sucht oder die Beteiligung noch einige Zeit behält. Vor dem Deal mit Springer hatten NBC Universal, Disney und die Verlagsgruppe Bauer einen Einstieg geprüft.

wird eine Vorentscheidung erwartet. Die Übernahme stieß bereits beim Kartellamt auf Ablehnung. Die Behörde befürchtet, dass sich nach einer Fusion die marktherrschende Stellung Springers auf dem Fernsehwerbemarkt, bei den Straßenverkaufszeitungen und auch im Anzeigengeschäft verstärkt.

Für Saban käme das mögliche Scheitern am Widerstand des Kartellamts und der Medienkommission KEK höchst ungelogen. Denn der Verkauf an Springer für insgesamt 2,5 Mrd. Euro wäre ein höchst lukrativer Deal gewesen. Saban hätte seinen persönlichen Einsatz innerhalb von zwei Jahren verdreifacht. Wie Unternehmenskreise berichten, hält es sich Saban jetzt wieder offen, ob er nach einer Ablehnung durch das Kartellamt direkt einen neuen Käufer sucht oder die Beteiligung noch einige Zeit behält. Vor dem Deal mit Springer hatten NBC Universal, Disney und die Verlagsgruppe Bauer einen Einstieg geprüft.

Top 25 der deutschen BWL

Handelsblatt-Studie: Die besten Professoren sitzen in Mannheim und Kiel

NORBERT HÄRING | FRANKFURT

Christian Homburg, Marketing-Professor an der Universität Mannheim, ist der international renommierteste Professor für Betriebswirtschaftslehre (BWL) aus Deutschland. Auf dem zweiten Platz folgt der Kieler Operations-Research-Spezialist Andreas Drexel. Nummer drei ist der Mannheimer Finanzwirtschaftler Martin Weber. Das ist das Ergebnis einer Exklusivstudie des Handelsblatts zur Publikationsleistung der deutschen Betriebswirte in international angesehenen wissenschaftlichen Fachzeitschriften.

Für die in dieser Form einzigartige Rangliste wertete das Handelsblatt die Schriftenverzeichnisse von über 100 BWL-Professoren aus, die anhand eigener Recherchen, Befragung von Fachleuten und vorhandener Rankings in die engere Wahl gezogen wurden.

Der 43-jährige Homburg hat seit 1996 zehn Aufsätze in internationalen Zeitschriften der höchsten Qualitätsstufe veröffentlicht, dazu eine Vielzahl weiterer Artikel



Professor Christian Homburg aus Mannheim ist international gefragt.

in renommierten Journalen. Die Veröffentlichung von Aufsätzen in anspruchsvollen Zeitschriften ist im angelsächsischen Raum seit langem zentrales Kriterium für wissenschaftliche Exzellenz. In der deutschen BWL setzt es sich seit einigen Jahren als wichtiger Indikator für die wissenschaftliche Leistung von Professoren durch. Die besten Journals akzeptieren nur ei-

nen kleinen Bruchteil der eingereichten Manuskripte zur Veröffentlichung.

Deutschlands jüngste Lehrstuhlinhaber für BWL, die 33-jährige Hohenheimer Professorin für Unternehmensführung, Organisation und Personalwesen, Ruth Stock-Homburg, liegt auf Rang vier, der nur ein Jahr ältere Kölner Personalwissenschaftler Dirk Sliwka auf Rang fünf.

Die Untersuchung zeigt auch: Die deutsche Betriebswirtschaftslehre, die bei der Adaption internationaler wissenschaftlicher Standards lange hinter vielen anderen Fachbereichen herhinkte, hat in den letzten fünf bis zehn Jahren einen dramatischen Umbruch durchgemacht. So sind nur drei der zehn Top-Forscher älter als 43 Jahre. Deutschlands jüngste Lehrstuhlinhaber für BWL, die 33-jährige Hohenheimer Professorin für Unternehmensführung, Organisation und Personalwesen, Ruth Stock-Homburg, liegt auf Rang vier, der nur ein Jahr ältere Kölner Personalwissenschaftler Dirk Sliwka auf Rang fünf.

LEITARTIKEL

Vorwärts, wir müssen zurück

Wer sich die Deutungshoheit über die Geschichte verschafft, der bestimmt auch ein großes Stück Zukunft. Im kollektiven Gedächtnis der (West-)Deutschen sind die Nachkriegsjahrzehnte mit politischen Chiffren besetzt, die in weiten Teilen erst nach 1968 entstanden. Das gilt vor allem für den Begriff der „Adenauer-Zeit“, der ex post als Sinnbild für eine enge und gleichsam vormoderne Gesellschaft herhalten musste. Angeblich liberalisierte und öffnete sich Deutschland erst durch die Studentenproteste und die nachfolgende Ära Willy Brandt. In Wahrheit waren die 50er- und 60er-Jahre in Deutschland jedoch vor allem Dekaden eines bis heute beispiellosen wirtschaftlichen Modernisierungsschubs in den Unternehmen. Während die Studenten im Überbau Revolte spielten, revolutionierte sich Deutschlands wirtschaftliche Basis wirklich.

BERND ZIESEMER
Chefredakteur Handelsblatt

Es waren Pionierunternehmer im Schumpeterschen Sinne, die in der Adenauer-Zeit dafür sorgten, dass Deutschland zum Gewinner der ersten großen Globalisierungswelle nach 1945 wurde. In einer großen Handelsblatt-Serie, die wir mit dieser Ausgabe beginnen, beschreiben wir in den nächsten drei Wochen auf unserer Report-Seite 15 dieser noch lebenden Ausnahmeunternehmer. In langen Gesprächen mit ihnen entstand so etwas wie eine „oral history“ unserer Wirtschaftskraft.

Wir starten diese Serie bewusst in dieser Woche: Angela Merkel gibt am Mittwoch als erste deutsche Kanzlerin ihre Regierungserklärung ab. Die CDU-Vorsitzende treibt seit langem die Frage um, wie Deutschland vom Verlierer der heutigen zweiten großen Globalisierungswelle erneut zu deren Gewinner werden kann. Nur wenn wir besser als die anderen sind, können wir weiter teuer sein.

Dieser Gedanke findet sich in fast jeder Grundsatzrede Merkels. Man kann ihn getrost ergänzen: Nur wenn es in Deutschland wieder mehr Pionierunternehmer wie in den 50er-Jahren gibt, wird unser Land insgesamt nach vorn kommen. Die großen deutschen Konzerne haben sich restrukturiert und wachsen auf dem Weltmarkt. Das allein aber reicht nicht. Es müssen neue Konzerne entstehen, die in die Spitzenliga aufsteigen. Unter den Dax-30-Werten findet sich nur ein einziges Unternehmen, der Softwarekonzern SAP, der erst in den 70er-Jahren neu gegründet wurde. Alle anderen Konzerne (oder ihre Vorläufer) existierten schon in den 50er-Jahren oder sogar schon vor dem Krieg.

Deutschland muss Pionierunternehmer wieder möglich machen. Und wir alle müssen wieder mehr Pioniergeist entwickeln. Das könnte, das sollte die Überschrift für Merkels Regierungserklärung werden. Aus der berühmten Rede des Bundespräsidenten vom 15. März 2005 stammt der Satz, Deutschland sei sich selbst in den letzten Jahrzehnten untreu geworden. Die „Ordnung der Freiheit“ (Horst Köhler), in der sich private Unternehmerinitiative erst entfalten kann, erlebt seit langem einen Niedergang.

Angela Merkel sollte das auch in einer großen Koalition thematisieren: Vorwärts, liebe SPD-Genossen, wir müssen zurück! Immerhin will sie hinter ihrem Schreibeich ein Bild von Konrad Adenauer aufhängen. Dort, wo bisher kopfber der stürzende Adler von Baseltz hing. Auch so kann man den Kampf um die Deutungshoheit der deutschen Geschichte eröffnen.

ziesemer@handelsblatt.com

* G 0 2531 | DEUTSCHLAND | 1,80 €